

# »Wir fordern die Einführung der Zivilklausel«

Linker Studierendenverband startet im Wintersemester antimilitaristische Kampagne an Hochschulen.

Ein Gespräch mit Daniel Morteza

**I**hr Verband will im Wintersemester verstärkt für eine konsequente Anti-kriegsposition an den Hochschulen streiten. Inwiefern sind Studenten überhaupt betroffen?

Zunächst einmal betreffen Krieg, Frieden und die Politik der Bundesregierung alle Menschen in dieser Gesellschaft. Außerdem sind Studierende durch den Einfluss von Bundeswehr und Rüstungsindustrie an der Uni in ihrem Lehralltag immer mit diesem Thema konfrontiert. Wir fordern klar das Verbot jeglicher Rüstungsforschung an der Uni und die Einführung einer Zivilklausel.

**Und wie wollen Sie erreichen, dass die Zivilklausel an allen Hochschulen eingeführt wird?**

Es gibt viele SDS-Gruppen, die in den Hochschulgremien auf eine Zivilklausel hinarbeiten und großartige Arbeit leisten. Das wollen wir fortführen. Gleichzeitig benötigen wir Kräfte von außerhalb. Dass der Druck auf Hochschulen und Politik groß genug wird, Krieg und Militarismus gesellschaftlich geächtet werden, ist gewissermaßen die Voraussetzung. Deshalb ist es wichtig, dass wir das nicht nur als hochschulpolitische, sondern als gesamtgesellschaftliche Arbeit begreifen und Rüstungsforschung in den Zusammenhang mit der Militarisierung der deutschen Außenpolitik und militärischen Eskalation durch die NATO stellen.

**Ist die Verzahnung des Forschungsbetriebs mit Rüstungsunternehmen und Militär überhaupt noch zu stoppen?**

Vielen Studierenden ist das Ausmaß nicht bewusst, deswegen profitieren wir davon, dass die Linksfraktion durch ihre parlamentarische Arbeit zur Aufdeckung des Komplexen beiträgt und in der Vergangenheit wichtige Informationen zur Verfügung gestellt hat, z. B. durch eine kürzliche erfolgte Anfrage von Nicole Gohlke an die Bundesregierung. Dabei kam heraus, dass an deutschen Unis Rüstungsforschung für das Pentagon in Millionenhöhe läuft. Das sorgte für Empörung weit über unsere Reihen hinaus.

**Die Bundeswehr wird bei nicht wenigen jungen Men-**

**schen als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen. Welche Argumente wollen Sie dem entgegensetzen?**

Auf theoretischer Ebene haben wir die Aufgabe, den Staatscharakter und das Interesse von Rüstungsindustrie und Finanzkapital am Krieg herauszustellen. Wir dürfen keine falsche Angst vor dem Imperialismus-Begriff haben.

Auf der Aktionsebene, die mindestens genauso wichtig ist: Präsenz zeigen bei allen gesellschaftlichen Events, wo die Bundeswehr Imagepflege betreibt, und Gegenöffentlichkeit schaffen. Das beginnt bei Jobmessen und im Hörsaal oder Klassenzimmer. Auch die Verbrechen der Bundeswehr in Afghanistan und anderswo müssen wir hervorheben und jedem jungen Menschen, der mit dem Gedanken eines Bundeswehrein-

tritts spielt, die bittere Wahrheit sagen. Ich glaube, wir sollten die gesellschaftliche Stimmung, die prinzipiell gegen Krieg gerichtet ist, nicht unterschätzen, sondern auf sie aufbauen und die Lügen der herrschenden Politik entlarven. Der generelle Zweck der Bundeswehr ist Kriegsführung, der Zweck der Kriegsführung sind die Interessen der Herrschenden. Davon profitiert ein kleines Kartell, sonst niemand – nicht die Menschen in den Kriegsgebieten, nicht die Menschen hier und auch nicht die Soldaten, die durch gezielte Falschinformation zum Kriegsdienst gelockt werden.

**Fernab dessen befürworten viele Menschen Äußerungen wie etwa von Bundespräsident Gauck, der mehrfach gefordert hat, dass Deutschland außenpolitisch mehr Verantwortung übernehmen müsse ...**

Wir müssen klarmachen, was mit Verantwortung gemeint ist, und da ist Gauck eindeutig: Militäreinsätze. Eine simple Frage reicht zur Entlarvung dieser Heuchelei eigentlich schon aus: Warum interveniert ihr immer nur dort, wo es etwas zu holen gibt, und nicht dort, wo Menschen aufgrund bitterer Armut verrecken? Gauck ist im übrigen das Gesicht unserer Kampagne, verziert mit einer Pikelhaube und dem Schriftzug »Not my President«.



Daniel Morteza studiert an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Er ist Mitglied der Linkspartei und des Studierendenverbandes Die Linke.SDS.